

Warum könnte es für die Linke Neukölln sinnvoll sein, das Ressort Jugend (Familie, Schule, Gesundheit ...) zu besetzen?

ich bin ein recht neues und unerfahrenes Mitglied der Linken Neukölln, möchte aber dennoch einige Gedanken beisteuern zur Debatte um die kommunalpolitischen Strategie, vor allem zur Frage eines möglichen Ressorts.

Als langjährig in der Neuköllner Jugendhilfe Beschäftigte bin ich der Ansicht, dass das Ressort Jugend (Schule, Familie, Gesundheit – in welchem Zusammenschritt auch immer) ein geeignetes Feld für linke Politik im Bezirk ist.

Diese Ressorts hatten in den letzten zwanzig Jahren mit ihren Stadträt*innen (und teilweise dann späteren Bezirksbürgermeister*innen) aus SPD und CDU eine immense Öffentlichkeitswirkung. Die Inhaber*innen dieser Posten gaben sich dabei einen Anstrich der Praktiker*innen, die "bürgernah", "geerdet" und "sympathisch" Politik für die Bewohner*innen des Bezirks machen. Sie profilierten sich und machten sich über die Stadtgrenzen hinaus bekannt, indem sie als vermeintlich mit den Lebensbedingungen der Neuköllner Familien gut Vertraute unter anderem rassistische und klassistische Zuschreibungen bedienten und verbreiteten und die Ursachen von Armut und zunehmender Verelendung mit Schuldzuweisungen individualisierten bzw. ethnifizierten. Die Erzählungen von den „bildungsfernen Milieus“ und "sozialen Brennpunkten" wurde gestärkt und die Debatte um die sog "Clankriminalität" wurde bedient. Gerade auch diese "Clandebatte" wurde nicht unwesentlich in die Welt gesetzt und verbreitet aus der jugendpolitischen Ecke des Neuköllner Bezirksamts – in der Zusammenarbeit mit Angestellten der Verwaltung und Judikative - Mitarbeiter*innen des Jugendamtes und der Jugendgerichtsbarkeit. Auch diese beriefen sich dabei auf ihre realen oder vermeintlichen Erfahrungen in der Arbeit mit bestimmten Bevölkerungsgruppen und sie nahmen mehr und mehr als vermeintliche Expertinnen für die Lebenswirklichkeit der Familien in Neukölln die Deutungshoheit für sich in Anspruch.

Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche in der Jugendhilfe, in Projekten der Jugendförderung, Schule und Kitas, die durchaus andere Erfahrungen machten – z. B. gerade auch mit Rassismus und Diskriminierung durch (Jugend-)Ämter und Behörden – wurden hingegen nicht gehört bzw. nicht zu Gehör gebracht.

Ein/e Städt*in/ Stadtrat der Linken würde natürlich all den bekannten Notwendigkeiten, Einschränkungen und Zwängen unterliegen und nur wenig an der sich verschlechternden Lebenssituation großer Teile der Bevölkerung, insbesondere auch der Familien mit Kindern, ändern können. Gerade auch die Aussicht darauf, in der kommenden Legislaturperiode Kürzungen mittragen oder gar durchsetzen zu müssen, ist eigentlich ein gewichtiges Argument dagegen.

Und dennoch gäbe es meiner Ansicht nach auch gute Möglichkeiten:

Besonders durch die hohe öffentliche Aufmerksamkeit, die die Inhaber*innen dieser Ämter in Neukölln und weit darüber hinaus erreichen, könnten wichtige politische Debatten beeinflusst und die Sicht auf die Ursachen sog. „sozialer Probleme“ verändert werden. Zum Beispiel indem – anderes als in den letzten Jahrzehnten - prekäre Beschäftigung, Ausbeutung, hohe Mieten etc. als die Ursachen von Armut und damit auch als Ursache für Kinderarmut, schlechtere Entwicklungsbedingungen von Kindern, bildungs- und Chancenungleichheit offengelegt und benannt werden.

In den großen Verteilungs- und Klassenkämpfen könnte mit dem Ressort natürlich nicht viel erreicht werden, aber schon in Fragen wie z.B.

- Förderung von Jugend- und Familienprojekten, die Benachteiligungen abbauen, Antirassismus fördern, politisch bilden und zur Teilhabe aktivieren. Und die es zum Ziel haben, konkret die Lebens- und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Familien zu verbessern
- Abbau von Benachteiligungen, sozialen und rassistischen Diskriminierungen bei der Vergabe der knappen Kitaplätze, Schaffung weiterer Plätze und Förderung des Ausbaus im Bezirk
- Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung anti-diskriminierender und antirassistischer Haltungen bei den Mitarbeitenden in Jugend- und Gesundheitsämtern (scheint mir nach der noch immer andauernden „Ära Buschkowski“ besonders wichtig), Schulen und Kitas.

.....

Es gäbe es hier viel für linke Politik zu tun und es könnte sicher einiges zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Neuköllner*innen erreicht werden.

Die Grenzen kommunalpolitischer Politik unter fortbestehenden kapitalistischen Eigentums- und Ausbeutungsverhältnissen, z.B. bei der Armutsbekämpfung und Erlangung von Bildungsgerechtigkeit, könnten von der Stadträtin / dem Stadtrat zwar nicht gesprengt, aber in der Öffentlichkeit konkret benannt auf aufgezeigt werden ohne dass dabei auf die bisher üblichen Schuldzuweisungen, Stigmatisierungen und Abwertungen zurück gegriffen würde.

Wenn es in den letzten Jahren Buschkowsky, Giffey, Liecke und Co. gelungen ist, vor dem Hintergrund Neuköllner Jugend- und Familienpolitik wichtige politische Diskurse nach rechts zu verschieben – warum sollte es dann nicht auch jetzt gelingen können, dies umzukehren und in diesem kommunalpolitischen Feld wichtige linke Werte wie Solidarität, Kampf gegen Ungleichheit, Rassismus und Diskriminierung zu verankern?

Anja, BO Rixdorf